

**Niederschrift über die Sitzung des Finanzausschusses
am Dienstag, dem 01.12.2015, im Großen Ausschussszimmer des
Kreishauses Warendorf (4. OG, Raum C 4.26)**

**Beginn: 09:00 Uhr
Ende: 13:11 Uhr**

		Seite
.	<u>I. Öffentlicher Teil</u>	
1.	Einwohnerfragestunde gem. § 12 der Geschäftsordnung des Kreistages	5
2.	Jahresabschluss 2014 hier: Beschluss über das Jahresergebnis 2014	170/2015 6
3.	Bericht zur Haushaltssituation 2015	182/2015 7
4.	Beschaffung einer Software für die strukturierte Notrufabfrage	192/2015 8
5.	Rahmenprogramm zur Konsolidierung des Kreishaushaltes 2016 bis 2019	149/2015 9
6.	Kommunales Investitionsförderungsgesetz NRW	167/2015 10
7.	Anpassung der Dienstanweisung zur dezentralen Ressourcenverantwortung im NKF (Budgetregeln)	184/2015 11
8.	Beratung des Entwurfs der Haushaltssatzung 2016 mit Haushaltsplan und Anlagen, soweit die Zuständigkeit anderer Fachausschüsse nicht gegeben ist	185/2015 12

9.	Abschließende Beratung und Beschlussfassung zur Haushaltssatzung 2016 mit Haushaltsplan und Anlagen sowie Beratung und Beschlussfassung zur Umlageerhebung nach § 56 c Kreisordnung NRW	186/2015	15
10.	Übernahme einer Bürgschaft zugunsten der Regionalverkehr Münsterland GmbH (RVM)	174/2015	16
11.	Antrag der FWG-Kreistagsfraktion - Sachstandsbericht FMO	178/2015	17
12.	Umsetzung des FMO-Finanzierungskonzeptes - Zuführung der Tranche 2017	175/2015	18
13.	Anpassung des Gesellschaftsvertrages der FMO GmbH	176/2015	19
14.	Beteiligungsbericht des Kreises Warendorf für das Jahr 2014	177/2015	20

Anlagen:

Anlage 1 Präsentation zu TOP 3: Bericht zur Haushaltssituation

Anwesend:

Vorsitz	
Kleene-Erke, Andrea	Vertretung für Herrn Peter Kreft
Ausschussmitglieder	
Blömker, Franz-Ludwig	Vertretung für Frau Andrea Kleene-Erke
Budde, Heinrich	
Buschkamp, Franz-Josef	
Drestomark, Bernhard	
Fels, Martin	
Fleiter, Albert	
Gutsche, Guido	Vertretung für Herrn Winfried Kaup
Hermans, Pia	
Kleibolde, Bernhard	
Menke, Hans-Ulrich	
Möllmann, Rolf	
Multermann, Joachim	
Pries, Wilhelm	
Schulte, Stephan	
Schulze Westhoff, Stephan	
Thiel, Joachim	Vertretung für Herrn Ulrich Schlösser
Westerwalbesloh, Florian	
von der Verwaltung	
Börger, Heinz Dr.	
Funke, Stefan Dr.	
Gnerlich, Friedrich	
Kleier, Ulrike	
Knoche, Fabienne	
Schreier, Petra	
Seidel, Ansgar Dr.	
Westkamp, Alexander	

Es fehlten entschuldigt:

Ausschussmitglieder
Kaup, Winfried
Kreft, Peter
Schlösser, Ulrich

Frau Kleene-Erke eröffnet um 09:00 Uhr die Sitzung und stellt fest, dass der Finanzausschuss mit der Einladung vom 20.11.2015 form- und fristgerecht einberufen worden ist.

Der Antrag der FWG-Kreistagsfraktion zum Sachstandsbericht FMO (TOP 13) wird auf Anfrage von Herrn Menke vor den Tagesordnungspunkt zur Umsetzung des FMO-Finanzierungskonzeptes- Zuführung der Tranche 2017 (TOP 11) gezogen.

Einwendungen gegen die Tagesordnung werden nicht erhoben.

I. Öffentlicher Teil

1.	Einwohnerfragestunde gem. § 12 der Geschäftsordnung des Kreistages	
-----------	---	--

Auf Nachfrage von Frau Kleene-Erke meldet sich kein Einwohner zu Wort.

2.	Jahresabschluss 2014 hier: Beschluss über das Jahresergebnis 2014	170/2015
-----------	--	-----------------

Beschlussvorschlag:

Der Fehlbetrag des Haushaltsjahres 2014, der im Jahresabschluss 2014 mit 1.403.953,74 € ausgewiesen ist, wird i. H. v. 887.865,51 € der Ausgleichsrücklage und i. H. v. 516.088,23 € der Allgemeinen Rücklage entnommen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

3. Bericht zur Haushaltssituation 2015**182/2015**

Herr Dr. Funke geht anhand einer PowerPoint-Präsentation, die den Ausschussmitgliedern auch als Tischvorlage vorliegt und Anlage der Niederschrift ist (**Anlage 1**), auf die wesentlichen Erkenntnisse des Finanzstatusberichtes zum 15.10.2015 ein.

Die Verwaltung rechnet aktuell mit einem Jahresüberschuss i.H.v. rd. 20 T€. Im Vergleich zum letzten Finanzstatusbericht vom 15.08.2015 verbesserte sich das Ergebnis damit um rd. 500 T€.

Auf Nachfrage von Herrn Westerwalbesloh zur Kostenentwicklung bei den unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen teilt Herr Dr. Funke mit, dass sich aktuell 84 unbegleitete Minderjährige im Zuständigkeitsbereich des Amtes für Kinder, Jugendliche und Familien befinden. Bis zum Jahresende werde die Fallzahl vermutlich noch auf 100 steigen.

Herr Drestomark erkundigt sich nach den Gründen für die Verbesserung im Bereich der Caritas-Förderschulen. Er fragt sich in diesem Zusammenhang, ob die Zuständigkeit des Schulausschusses nicht unterlaufen werde. Herr Dr. Funke versichert daraufhin, dass sämtliche Beschlüsse selbstverständlich beachtet werden. Die Verbesserung resultiere vielmehr aus einer komplexen Abrechnung mit den Schulen. Zudem sei die Abwicklung oft mit zeitlichem Verzug verbunden, da die Abrechnung zunächst durch die Bezirksregierung zu prüfen ist. (Anmerkung der Verwaltung: Die Abschläge 2015 errechnen sich auf der Basis der Jahresabrechnung, die die Caritas für das Vorjahr vorlegt. Insofern sind Abweichungen zur Ansatzplanung möglich und nicht vorhersehbar.).

Auf Nachfrage von Herrn Drestomark zur Ursache der Heizkostensparnis teilt Herr Dr. Funke mit, dass die Erstattung aus der Abrechnung verschiedener Kreisliegenschaften für das Vorjahr resultiere und hier insbesondere der milde Winter ursächlich sei.

Der Finanzausschuss nimmt den Bericht **zur Kenntnis**.

4.	Beschaffung einer Software für die strukturierte Notrufabfrage	192/2015
-----------	---	-----------------

Frau Schreier erläutert den Mitgliedern des Finanzausschusses die wesentlichen Beweggründe der Verwaltung für die außerplanmäßige Beschaffung der strukturierten Notrufabfrage.

Auf die Frage von Herrn Menke zur Zukunftssicherheit der zu beschaffenden Software teilt Frau Schreier mit, dass andere Leitstellen bereits erfolgreich mit der Software arbeiten würden und es aktuell die einzige Möglichkeit sei, das vorhandene Einsatzleitsystem anzubinden.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag stimmt der Bereitstellung von außerplanmäßigen Mitteln in Höhe von 75.000,- € im Teilfinanzplan der Produktgruppe 0203 „Feuerschutz, Rettungsdienst, Katastrophenschutz“ zur investiven Beschaffung eines Software-Moduls für die strukturierte Notrufabfrage gem. § 83 Abs. 2 GO NRW zu.

Die Deckung der Mehrauszahlungen erfolgt durch die Einsparungen in gleicher Höhe bei der Investitions-Nr. 09.32.000 „Einführung und Betrieb Digitalfunk“.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

5.	Rahmenprogramm zur Konsolidierung des Kreishaushaltes 2016 bis 2019	149/2015
-----------	--	-----------------

Herr Dr. Funke stellt die wesentlichen Aspekte der Sitzungsvorlage vor. Er macht deutlich, dass der Fokus der Konsolidierungsbemühungen des Kreises im Sozialbereich liege. In der Zuständigkeit des Finanzausschusses liege u.a. der Punkt 3.1. des Haupt- und Personalamtes. Zum einen gehe es um die beabsichtigte dreimonatige Wiederbesetzungssperre von Stellen sowie zum anderen um die Kostenreduzierung im Bereich der Stellenausschreibungen.

Herr Schulte erkundigt sich, ob es eine Stellungnahme des Personalrates bzgl. der Wiederbesetzungssperre gebe. Herr Dr. Funke teilt daraufhin mit, dass mit dem Personalrat stetig konstruktive Gespräche geführt werden und ihm in diesem Jahr keine Beschwerden seitens des Personalrates bekannt seien.

Auf Nachfrage von Herrn Menke zur Bewilligungspraxis der Altersteilzeit beim Kreis Warendorf macht Herr Dr. Funke klar, dass tarifliche Ansprüche selbstverständlich umgesetzt werden. Für den Beamtenbereich sei in diesem Jahr eine restriktivere Handhabung festgelegt worden. So müsse als Anspruchsvoraussetzung u.a. das 60. Lebensjahr erreicht sein.

Beschlussvorschlag:

Das Rahmenprogramm zur Haushaltskonsolidierung 2016 bis 2019 wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

6. Kommunales Investitionsförderungsgesetz NRW**167/2015**

Herr Dr. Funke berichtet vom geplanten Vorgehen der Kreisverwaltung bezüglich der Mittel aus dem Gesetz zur Umsetzung des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes in Nordrhein-Westfalen (KInvFöG NRW). Dabei führt er aus, dass der Förderkorridor - aufgrund der eingeschränkten Gesetzgebungskompetenz seitens des Bundes für den Kreis – fast ausschließlich auf energetische Sanierungsmaßnahmen begrenzt sei. In seinen weiteren Ausführungen betont er noch einmal, dass die Mittel vorrangig für solche Maßnahmen eingesetzt werden, die im Rahmen des Sanierungskonzeptes des Kreises ohnehin angefallen bzw. im Haushaltsplan veranschlagt seien.

Herr Westerwalbesloh erkundigt sich in diesem Zusammenhang nach dem weiteren Verfahren bezüglich des Antrags des St. Franziskus-Hospitals in Ahlen. Der Kämmerer gibt an, dass der Antrag allen Fraktionen als Antrag zum Haushalt 2016 zur Verfügung gestellt worden sei, sich jedoch keine Fraktion diesen zu eigen gemacht habe. Entsprechend erfolge diesbezüglich auch keine weitere Beratung in den Gremien.

Beschlussvorschlag:

Das in der Vorlage dargestellte Konzept zum Einsatz der Mittel für den Kreis Warendorf aus dem Kommunalinvestitionsförderungsgesetz i.H.v. rd. 5,3 Mio. € zuzüglich des Eigenanteils von 10 % (rd. 532 T€) in den Jahren 2016 – 2018 wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen
Enthaltung 4

7.	Anpassung der Dienstanweisung zur dezentralen Ressourcenverantwortung im NKF (Budgetregeln)	184/2015
-----------	--	-----------------

Herr Dr. Seidel berichtet über die wesentlichen Änderungen der Dienstanweisung. Er weist die Ausschussmitglieder daraufhin, dass sich in der Ursprungsvorlage (Nr. 184/2015) ein Tippfehler eingeschlichen habe. Zudem sei - auf Anregung von Herrn Thiel - noch eine weitere Anpassung berücksichtigt worden. Beide Korrekturen würden nunmehr in einer Ergänzungsvorlage (Nr. 184/2015/1) aufgenommen und mit der Einladung zur Sitzung des Kreisausschusses am 04.12.2015 versendet.

Beschlussvorschlag:

Dem beiliegenden Entwurf zur Anpassung der Dienstanweisung zur dezentralen Ressourcenverantwortung im NKF – Budgetregeln – **(Anlage 1) sowie den beiden vorgetragenen Anpassungen** wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

8.	Beratung des Entwurfs der Haushaltssatzung 2016 mit Haushaltsplan und Anlagen, soweit die Zuständigkeit anderer Fachausschüsse nicht gegeben ist	185/2015
-----------	---	-----------------

Frau Kleene-Erke ruft die Teile des Haushaltsplanes 2016 mit Anlagen zur Beratung auf, die in die alleinige Zuständigkeit des Finanzausschusses fallen. In diesem Zusammenhang werden folgende Anträge und Anfragen (Nr.1-8) beraten:

1. Antrag der FWG-Kreistagsfraktion vom 09.11.2015

„Senkung der Aufwendungen im Produktbereich 01 – Innere Verwaltung um 100 T€“

Abstimmungsergebnis: geändert angenommen (15 Ja, 1 Enthaltung)

(Antrag wurde insoweit modifiziert angenommen, als dass auf die Nennung eines expliziten monetären Betrages verzichtet wird. Die Verwaltung berichtet Mitte nächsten Jahres im Finanzausschuss, ob Einsparungen in diesem Bereich realisiert werden können.)

2. Antrag der FWG-Kreistagsfraktion vom 09.11.2015

„Aussetzung der Zuführung zum Kapitalstock i.H.v. 2 Mio. €, Mittel für die Schuldentilgung einsetzen“

Abstimmungsergebnis: keine Abstimmung (Antrag zurückgezogen)

3. Antrag der CDU- und FDP-Kreistagsfraktion vom 14.11.2015

„Zuführung zum Kapitalstock Pensionslasten von 2 auf 1 Mio. € reduzieren, 1 Mio. € der Sondertilgung zuführen“

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen (16 Ja)

4. Anfrage der Kreistagsfraktion Bündnis 90/ Die Grünen vom 27.11.2015

„Anfrage zum Vollstreckungsdienst“

Herr Dr. Funke beantwortet die Anfrage der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen wie folgt:

Frage 1:

Wie hat sich die Anzahl und Höhe der Rückforderungen im Jobcenter seit Übernahme der ALGII – Verwaltung und Betreuung durch den Kreis entwickelt?

Antwort der Verwaltung:

- vgl. Folie aus der Sitzung des Finanzausschusses vom 25.09.2015
- Altforderungen: von 4,28 Mio. € auf 1,44 Mio. € zum 15.11.2015; davon durch Zahlung 1,45 Mio. €
- Neuforderungen: jetziger Stand: 3,59 Mio. €

Frage 2:**Wie viele Leistungssachbearbeiter*innen sind für diesen Aufgabenbereich zuständig?****Antwort der Verwaltung:**

Die Aufgabe berührt viele Bereiche der Verwaltung: Auf der einen Seite gibt es die Mitarbeiter/innen im Jobcenter, die die Rückforderungsbescheide erstellen. Dann sind im Jobcenter im Bereich Zahlungsabwicklung Mitarbeiter/innen mit einem Stellenanteil von 3,3 eingesetzt. Diese sind u. a. für den Bereich Mahnungen verantwortlich. Zusätzlich sind im Bereich Vollstreckung insgesamt 5 Mitarbeiter/innen zu ca. 35 % mit Tätigkeiten Jobcenter betraut. Im Bereich der Ratenzahlung sind 2 Mitarbeiter/innen zu ca. 60 % mit Jobcenterforderungen beschäftigt.

Frage 3:**Wie viele Stellen sind ausschließlich für die Vollstreckung im Außendienst eingerichtet?****Antwort der Verwaltung:**

Keine: Der Vollstreckungsaußendienst für den Kreis Warendorf wird im Kreisgebiet schon seit geraumer Zeit von den kreisangehörigen Kommunen im Wege der Amtshilfe durchgeführt. Mit Kreistagsbeschluss aus Dezember 2014 hat der Kreis Warendorf diese Aufgabe durch den Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung auch formal auf die kreisangehörigen Städte und Gemeinden delegiert.

Frage 4:**In wie vielen Fällen ist der geringfügig Beschäftigte des Kreises im Bereich Eintreibung von Forderungen aufgrund des Vertrages mit den Kommunen im Wege der Amtshilfe bereits tätig geworden?****Antwort der Verwaltung:**

Wie in der Sitzung des Finanzausschusses am 25.09.2015 berichtet, ist der Kreismitarbeiter seit März 2015 im Einsatz; erfreulicherweise gab es noch keinen längeren Personalausfall in den Kommunen, so dass der Kreismitarbeiter diesbezüglich nicht tätig werden musste; der Mitarbeiter (beschäftigt auf 450 € Basis) ist im Bereich telefonischer Kontaktaufnahme und Haustürbesuche bei säumigen Ratenzahlern eingesetzt. Er hat sich deutlich refinanziert (vgl. auch Folie aus der Sitzung des Finanzausschusses vom 25.09.2015).

5. Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 27.11.2015

„Die Kreisverwaltung Warendorf schafft eine zusätzliche Stelle im Außendienst zu Vollstreckung von Rechtstiteln“

Abstimmungsergebnis: keine Abstimmung (Antrag zurückgezogen)**6. Anfrage der FWG-Kreistagsfraktion vom 09.11.2015**

„Berichterstattung über Aufgabenwahrnehmung/Auslastung der im Haushalt 2015 eingerichteten Stelle im Waffenwesen“

Abstimmungsergebnis: keine Abstimmung (Bericht der Verwaltung)

7. Antrag der FWG-Kreistagsfraktion vom 09.11.2015

„Vier neue Planstellen im Ausländeramt auf drei Jahre befristen“

Abstimmungsergebnis: geändert einstimmig angenommen (16 Ja)

(Antrag wurde insoweit geändert angenommen, als dass der Antragsteller nicht von einer Befristung der Planstellen ausgeht, sondern die Verwaltung in den nächsten 3 Jahren im Finanzausschuss jährlich über die Entwicklung in der Ausländerbehörde in Zusammenhang mit der Flüchtlingsthematik berichten wird)

8. Antrag der CDU- und FDP-Kreistagsfraktion vom 14.11.2015

„Aufforderung an das Ministerium für Inneres und Kommunales: Sonderregelung im NKF zur ergebnis- und liquiditätsneutralen Abschreibung von Finanzanlagen“

Abstimmungsergebnis: geändert einstimmig angenommen (16 Ja)

(Antrag wurde insoweit geändert angenommen, als dass die Formulierung wie folgt angepasst wurde: „Der Kreistag fordert den Minister für Inneres und Kommunales auf, kurzfristig im NKF eine Sonderregelung zur ergebnis- und liquiditätsneutralen Abschreibung von Finanzanlagen -insbesondere von RWE-Aktien- zu schaffen.“)

Beschlussvorschlag:

Der Entwurf der Haushaltssatzung mit Haushaltsplan und Anlagen für das Haushaltsjahr 2016, soweit die Zuständigkeit anderer Fachausschüsse nicht gegeben ist, wird mit den Änderungen, die sich aus dieser Sitzung ergeben, beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen (11 Ja, 5 Enthaltungen)

9.	Abschließende Beratung und Beschlussfassung zur Haushaltssatzung 2016 mit Haushaltsplan und Anlagen sowie Beratung und Beschlussfassung zur Umlageerhebung nach § 56 c Kreisordnung NRW	186/2015
-----------	--	-----------------

Aufgrund der kurz vor Sitzungsbeginn eingegangenen gemeinsamen Stellungnahme der Bürgermeisterin und Bürgermeister im Kreis Warendorf zur Umlageerhebung nach § 56 c Kreisordnung NRW ergab sich aus der Mitte der Ausschussmitglieder weiterer Beratungsbedarf. Die abschließende Beratung wird daher auf die Sitzung des Kreisausschusses am 04.12.2015 vertagt.

Im Rahmen dieses Tagesordnungspunktes wurde zuvor noch über folgenden Antrag beraten:

Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 27.11.2015

„Der Planansatz für die Installation der Photovoltaikanlage auf dem Kreishaus (Inv. Nr. 15.20.003) soll für 2016 auf 60.000 € erhöht werden.“

Abstimmungsergebnis: keine Abstimmung (Antrag zurückgezogen)

Beschlussvorschlag:

I. Umlageerhebung nach § 56 c Kreisordnung NRW

1. Die gemeinsame Stellungnahme der Bürgermeisterin und der Bürgermeister der Städte und Gemeinden im Kreis Warendorf vom zum Schreiben des Landrats anlässlich der Einleitung des Benehmensherstellungsverfahrens vom 27.10.2015 wird zur Kenntnis genommen. Die darin vorgebrachten Einwendungen werden entsprechend einer tabellarischen Übersicht behandelt.
2. Der Hebesatz der von den Kommunen zu zahlenden Sonderumlage wird auf 0,9 v.H. der für das Haushaltsjahr 2016 geltenden Bemessungsgrundlage festgesetzt.
3. Die Satzung zur Erhebung einer Sonderumlage 2016 (**Anlage 1**) wird beschlossen.

II. Haushaltssatzung 2016

1. Die Beratungsergebnisse der Ausschüsse, so wie sie sich aus den Listen (**Anlage 2**) ergeben, werden beschlossen.
2. Die gemeinsame Stellungnahme der Bürgermeisterin und der Bürgermeister der Städte und Gemeinden im Kreis Warendorf vom 09.10.2015 zum Eckdatenpapier des Landrats zum Entwurf des Kreishaushaltes 2016 sowie die Stellungnahmen der Gemeinde Wadersloh vom 27.10.2015, der Stadt Sendenhorst vom 06.11.2015 und der Gemeinde Ostbevern vom 12.11.2015 werden

zur Kenntnis genommen. Die darin vorgebrachten Einwendungen werden entsprechend der beigefügten tabellarischen Übersicht (**Anlage 4**) behandelt.

3. Der Hebesatz zur allgemeinen Kreisumlage wird auf ____ v.H., der Hebesatz für die Jugendamtsumlage wird auf ____ v.H. festgesetzt.
4. Im Übrigen wird die Haushaltssatzung des Kreises Warendorf für das Jahr 2016 mit ihren Anlagen in der eingebrachten Fassung mit den empfohlenen Änderungen aller Fachausschüsse beschlossen.

Abstimmungsergebnis: keine Abstimmung, vertagt auf die Sitzung des Kreis Ausschusses am 04.12.2015

10.	Übernahme einer Bürgschaft zugunsten der Regionalverkehr Münsterland GmbH (RVM)	174/2015
-----	--	-----------------

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, eine Bürgschaftsverpflichtung zugunsten der Regionalverkehr Münsterland GmbH (RVM) i.H.v. 0,65 Mio. € einzugehen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

11. Antrag der FWG-Kreistagsfraktion - Sachstandsbericht FMO 178/2015

Herr Dr. Funke teilt den anwesenden Ausschussmitgliedern mit, dass ihm kein neuer Sachstand zur FMO-Thematik bekannt sei. In der Sitzung des Kreisausschusses am 04.12.2015 sei jedoch Herr Prof. Dipl.-Ing. Gerd Stöwer (Geschäftsführer FMO) zugegen, der für alle Fragen zur Verfügung stehe.

Abstimmungsergebnis: keine Abstimmung, vertagt auf die Sitzung des Kreisausschusses am 04.12.2015

Hinweis:

Die Anfrage der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 27.11.2015 zum Themenkomplex FMO - die den Ausschussmitgliedern auch als Tischvorlage vorliegt - wurde in der Sitzung des Finanzausschusses nicht behandelt, sondern gleichfalls auf die Sitzung des Kreisausschusses am 04.12.2015 vertagt.

12.	Umsetzung des FMO-Finanzierungskonzeptes - Zuführung der Tranche 2017	175/2015
------------	--	-----------------

Beschlussvorschlag:

Auf der Basis der im Jahr 2014 durch die FMO-Gremien der langfristigen FMO Finanzierung zugrunde gelegten Finanzierungsvariante A (s. Anlage 1) wird für das Geschäftsjahr 2017 eine Einzahlung in die Kapitalrücklage in Höhe des prozentualen Anteils von 16,8 Mio. € des Kreises Warendorf am Stammkapital - also i.H.v. 409.780 € - beschlossen.

Die Vertreter des Kreises Warendorf in den Gremien der FMO GmbH werden beauftragt, die entsprechenden Beschlüsse zu fassen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen
Ja 13 Nein 2 Enthaltung 1

13. Anpassung des Gesellschaftsvertrages der FMO GmbH**176/2015**

Herr Dr. Funke stellt kurz die wesentlichen Aspekte der Sitzungsvorlage vor. Auf Nachfrage von Herrn Thiel zur beabsichtigten Änderung des § 7 Abs. 1 (Regelung Geschäftsführer/Stellvertreter) des Gesellschaftsvertragsentwurfes teilt Herr Dr. Funke mit, dass diese Anpassung erforderlich sei, um auf den generellen Stellvertreterposten verzichten zu können. Zudem erkundigt sich Herr Thiel nach dem Erfordernis des neuen § 12 Abs. 2 (Regelung über die Bildung von Ausschüssen) des Gesellschaftsvertragsentwurfes. Herr Dr. Börger merkt in diesem Zusammenhang an, dass die Installation eines Ausschusses zweckmäßig sein könne. Der Aufsichtsrat könne sich so auf die wesentlichen Entscheidungen fokussieren.

Herr Gutsche regt an, alle weiteren offenen Fragen in der kommenden Kreisausschusssitzung mit dem Geschäftsführer des FMO zu klären. Herr Westerwalbesloh stellt daraufhin einen Antrag auf Vertagung des Tagesordnungspunktes auf die Sitzung des Kreis Ausschusses am 04.12.2015. Der Antrag wird mehrheitlich angenommen (14 Ja, 2 Nein).

Abstimmungsergebnis: keine Abstimmung, vertagt auf die Sitzung des Kreis Ausschusses am 04.12.2015

14.	Beteiligungsbericht des Kreises Warendorf für das Jahr 2014	177/2015
------------	--	-----------------

Der Finanzausschuss nimmt den Bericht **zur Kenntnis**.

Mit einem Dank an die Anwesenden beendet Frau Kleene-Erke um 13:11 Uhr die Sitzung.

gez.

Andrea Kleene-Erke
stellv. Vorsitzende

gez.

Dr. Stefan Funke
Schriftführer